



REPUBLIK ÖSTERREICH
DATENSCHUTZKOMMISSION

GZ 054.382/3a-DSK/85

Entwurf eines Bundesgesetzes
über die Prüfung der Umweltverträglichkeit (UVP-Gesetz);

Stellungnahme der Datenschutzkommission

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1

Tel. (0 22 2) 66 15/0

Sachbearbeiter

ACHLEITNER

Klappe 2544 Durchwahl

Fernschreib-Nr. 1370-900

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anzuführen.

An das
Präsidium des Nationalrates

Parlament
1010 W i e n

61 85
26. SEP. 1985
17. SEP. 1985
Groh
H. Klawns

In der Anlage werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Prüfung der Umweltverträglichkeit (UVP-Gesetz) zur gefälligen Kenntnisnahme übermittelt.

Anlage

5. September 1985
Für die Datenschutzkommission
Der Vorsitzende:
Hofrat des OGH Dr. KUDERNA

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Hausner



REPUBLIK ÖSTERREICH
DATENSCHUTZKOMMISSION

GZ 054.382/3-DSK/85

Entwurf eines Bundesgesetzes
über die Prüfung der Umweltverträglichkeit (UVP-Gesetz);

Stellungnahme der Datenschutzkommission

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1

Tel. (0 22 2) 66 15/0

Sachbearbeiter

ACHLEITNER

Klappe 2544 Durchwahl

Fernschreib-Nr. 1370-900

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anzuführen.

An das
Bundesministerium für
Gesundheit und Umweltschutz

1010 W i e n

Die Datenschutzkommission hat zu dem mit do. Zl.IV-52.190/97-2/85 vom 12. Juli 1985 übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes über die Prüfung der Umweltverträglichkeit (UVP-Gesetz) in Ausübung ihres Begutachtungsrechtes gemäß § 36 Abs. 2 Datenschutzgesetz, BGBl.Nr. 565/1978, in ihrer Sitzung vom 5.9.1985 folgende

S t e l l u n g n a h m e

beschlossen, die ausschließlich die datenschutzrechtlichen Aspekte des Gesetzesentwurfes zum Inhalt hat:

§ 7 Abs. 1 bestimmt, daß die Umweltverträglichkeitserklärung samt den dazugehörigen Unterlagen und das Umweltverträglichkeitsgutachten allen Verwaltungsbehörden zu übermitteln ist, die im Rahmen der mittelbaren oder unmittelbaren Bundesverwaltung mit dem Vorhaben befaßt sind oder zu befassen sein werden.

Aus den Erläuterungen geht die Rechtsmeinung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz hervor, daß es dem Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz frei stehe, diese Unterlagen auch den Behörden der Länder zur Kenntnisnahme zu übermitteln und er das besonders dann tun werde, wenn aus diesen Unterlagen hervorgehe, daß wesentliche Interessen, die in Vollziehung landesrechtlicher Vorschriften zu wahren sind, berührt erscheinen.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß durch die Übermittlung des Umweltverträglichkeitsgutachtens in das verfassungsgesetzlich gewährleistete Recht auf Datenschutz gemäß § 1 Datenschutzgesetz eingegriffen werden könnte. Beschränkungen dieses Rechts müssen § 1 Abs. 2 Datenschutzgesetz entsprechen. Es wird daher angeregt, den § 7 des Entwurfes durch eine ausdrückliche Ermächtigung zur Übermittlung an die Behörden der Länder und Gemeinden zu ergänzen, die mit dem Vorhaben befaßt sind oder zu befassen sein werden und bei ihrer Entscheidung die Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt zu beurteilen haben. Eine Übermittlung an andere Behörden (z.B. Steuerbehörden) findet im Grundrecht auf Datenschutz keine Deckung, ist aber durch die Formulierung des § 7 Abs. 1 nicht ausgeschlossen.

25 Ausfertigungen der Stellungnahme ergehen u.e. an das Präsidium des Nationalrates.

5. September 1985
Für die Datenschutzkommission
Der Vorsitzende:
Hofrat des OGH Dr. KUDERNA

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Haller